Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtrag- 150 Rpfg. Alle Postanstalten Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend gebühr. Einzelnummern Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreis: die 8-gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4-gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3-gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6 Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 124. — 87. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" **Wilsdruff-Dresden** Postscheck: Dresden 2640 **Mittwoch, den 30. Mai 1928**

Das Spiel kann beginnen.

Ganz so einfach, wie man sich bald nach der Wahl das Zustandekommen und das Aussehen der kommenden Regierung vorgestellt hat, scheinen sich die Dinge doch nicht zu entwickeln. Zweifellos sind die führenden Kreise der Sozialdemokratie im vollen Marsch auf ein Kabinett der Großen Koalition hin, erklären aber dabei, in diesem Kabinett die maßgebenden Stellen besetzen zu wollen. Das sagt: das Zentralorgan dieser Partei, der Vorwärts, rund und klar heraus. Aber es hat sich hiergegen doch ein gewisser Widerstand in den Anhängerscharen der Sozialdemokratie angekündigt, wo man ein Verharren in der bisherigen Opposition für empfehlenswerter hält, weil man hofft, dadurch in absehbarer Zeit zu einer neuen Reichstagsauflösung und dann zu einem noch größeren zahlenmäßigen Sieg zu gelangen. Die sozialdemokratische Parteivorstandssitzung findet nicht, wie üblich, in Berlin statt, sondern in Köln, und zwischen den Zeilen der Ausführungen des sozialdemokratischen Zentralorgans ist deutlich die Mahnung an die radikaleren Kreise zu lesen, eine Sozialdemokratie, die ihren Sieg am 20. Mai ungenutzt vorüberstreichen lasse, werde bei einer Neuwahl eher zahlreiche Stimmen verlieren, weil man ihr den heimlichen Willen vorwerfen könnte, nichts zustande kommen zu lassen. Und nun ist die an und für sich selbstverständliche Feststellung sehr interessant, daß die sozialdemokratischen Wähler ihre Erwartungen nicht allzu hoch spannen sollen hinsichtlich der Erfolge, die die von ihnen unterstützte Partei im Reichstage erringen könnte; denn selbst im Verein mit den Kommunisten verfügt die Linke ja nur über etwas mehr als 200 Mandate, also längst nicht über die Mehrheit im Reichstag, und Koalitionspolitik zwinge immer zu Kompromissen. So weit geht der Vorwärts übrigens in dieser Betrachtung, daß er andeutet, Richtlinien und dergleichen seien für eine Regierung, die aus verschiedenartigen Teilen zusammengesetzt sei, eine recht überflüssige Angelegenheit und die Hauptsache seien die Persönlichkeiten, die die neue Regierung bilden werden.

Natürlich wimmelt es von Gerüchten, die jetzt, nachdem der politische Burgfriede des Pfingstfestes vorbei ist, üppig emporsprießen. Das Zentrum, das ja immer Befürworter der Großen Koalition war, dürfte in der Wahl der Kandidaten zu Ministerposten sich jetzt stärker nach links wenden und der Name Dr. Wirths spielt hierbei bereits jetzt eine gewisse Rolle, da namentlich die Demokraten seine Kandidatur zum Posten des Vizekanzlers eifrigst zu unterstützen scheinen. Hat er damit Erfolg, so würde es sich ereignen, daß Dr. Marx, obwohl Vorsitzender seiner Partei, nicht mehr Kabinettsmitglied sein würde. Auch das Zentrum hat seinen Parteiausschuß für die nächste Woche nach Berlin einberufen und da wird man nun auch wohl über die Frage des Reichsschulgesetzes, an der ja der vorige Reichstag gescheitert ist, besonders deswegen eingehend sprechen müssen, weil die Deutschnationalen bereits jetzt angekündigt haben, sie werden im neuen Reichstag dieses Problem in kürzester Frist wieder zur Verhandlung einbringen. Die politische Konstellation hierfür ist aber, wenn wirklich Dr. Wirth als Vertreter des Zentrums im Kabinett sitzt, jetzt eine wesentlich andere, weil er bereits bei der Beratung des gescheiterten Schulgesetzentwurfes in scharfem Gegensatz zu den Anschauungen seiner Partei erklärt hat, er betrachte die Behandlung dieser Frage als eine Gefahr für den Zusammenhalt der Parteien von Sozialdemokratie bis Zentrum.

Es erübrigt sich also vorläufig, auf die Namen von Persönlichkeiten einzugehen, die schon jetzt für einzelne Ministerposten genannt werden. Es erübrigt sich vorläufig ebenso, auf gewisse Gerüchte einzugehen, die von einem engeren Zusammengehen der Deutschen Volkspartei und der Demokraten in Form einer Arbeitsgemeinschaft wissen wollen. Und schließlich ist es auch noch ganz unbestimmt, wie sich die Dinge in Preußen entwickeln werden, ob auch dort die Große Koalition geschaffen wird. Theoretisch ist die Grundlage für diese Große Koalition wenigstens im Reich als gesichert zu betrachten; doch weiß die Öffentlichkeit aus Erfahrung, daß von der Theorie zur praktischen Durchführung immer noch ein großer Schritt ist, besonders dann aber, wenn, wie jetzt, in dieser Koalition die eine Fraktion etwa so viel Mitglieder hat wie die anderen Koalitionsgenossen zusammen.

Graf Westarp zur Regierungsbildung.

Rücktrittsabsichten?

In einem Aufruf unterstützt Graf Westarp, der Führer der Deutschnationalen, den Wahlausfall und gibt der Meinung Ausdruck, die Organisation der Deutschnationalen Volkspartei sei dem Wahlkampf nicht gewachsen gewesen, vor allem sei kein Raum für aufwärtsstrebende neue Kräfte geschaffen worden. Dieser Mangel müsse sofort beseitigt werden. Im übrigen werde die Deutschnationale Volkspartei im Kampfe der Weltanschauungen am konservativen Staatsgedanken und an der christlichen Grundlage der deutschen Kultur festhalten. In einem weiteren Artikel macht Westarp die Nichtwähler und die Splitterparteien besonders verantwortlich für die Wendung nach links bei den Wahlen, das Lehrgeld würden die Landwirtschaft und die bodenständigen Erwerbskreise zu zahlen haben. Im übrigen ist Graf Westarp der Ansicht, es wäre auch jetzt noch eine Regierung gegen Sozialdemokraten und Kommunisten möglich, da diese nur über 206 und bei Einschluß der Demokratie über 231 Stimmen verfügen. Der erforderliche Zusammenschluß der nichtsozialdemokratischen 259 Stimmen stehe aber praktisch nicht zur Erörterung. Bisher wenigstens denken weder die Parteien der Mitte noch die wirtschaftlichen und politischen Splitter an eine solche Möglichkeit. Ihr stehe auch die Auslegung des parlamentarischen Regierungssystems entgegen, die fordert, daß diejenige Partei, die durch die Wahl am stärksten geworden ist, auch die Verantwortung der Regierung übernimmt.

Auf einigen politischen Seiten spricht man von Rücktrittsabsichten des Grafen Westarp von seinem Amt als Parteiführer. In unterrichteten Kreisen rechnet man aber mit einer Wiederwahl des bisherigen Führers bei der bevorstehenden deutschnationalen Parteitagung.

Der Konflikt Italien—Jugoslawien

Auseinandersetzung zwischen Belgrad und Rom.

Antiitalienische Kundgebungen.

In Spalato, Laibach, Belgrad, Sebenico und anderen südslawischen Städten erfolgten während der letzten Tage heftige antiitalienische Kundgebungen. Sie sollen angeblich die Antwort gewesen sein auf durch Italiener in Agram verübte Beleidigungen der südslawischen Flagge. In Belgrad fanden nach Beendigung eines in der Universität gegebenen Konzerts eines dalmatinischen Chors stürmische Kundgebungen statt. Zahlreiche Studenten versuchten vor die italienische Gesandtschaft zu ziehen, wurden aber von der Polizei daran gehindert.

In Spalato wurden die Fensterscheiben des italienischen Konsulats zertrümmert. In Laibach gelang es kaum, die Menge davon abzuhalten, von dem Gebäude des italienischen Konsulates die Fahne herunterzuholen. Indessen wurde an einer anderen Stelle der Stadt eine italienische Fahne in Stücke gerissen. Verschiedene italienische Amts- und Schulgebäude in Sebenico wurden stark beschädigt, Italiener mißhandelt; auch soll geplündert worden sein. Die jugoslawische Polizei nahm 30 Verhaftungen vor, ebenso mußte in Ragusa eine Anzahl von Personen festgenommen werden.

Aus ganz Italien laufen Meldungen über Protestkundgebungen gegen die italienfeindlichen Ausschreitungen in Jugoslawien ein. Am Pfingstmontag wurden in Triest und in Görz studentische Protestkundgebungen veranstaltet.

Italienische Protestnote.

Die italienische Regierung ließ in Belgrad eine Protestnote überreichen, die in energischem Tone gehalten war. Der zuständige südslawische Regierungsvertreter brachte sofort das Bedauern der jugoslawischen Regierung über die Zwischenfälle zum Ausdruck, wies aber gleichzeitig auch darauf hin, daß in zahlreichen italienischen Städten jugoslawienfeindliche Demonstrationen vorgekommen seien. Er zeigte dem Gesandten auch die amtlichen Berichte über die Demonstrationen, wonach die Polizei überall das Vermögen der italienischen Staatsbürger sowie der italienischen Firmen und die diplomatischen Vertretungen Italiens gegenüber den Demonstranten in Schutz genommen hat.

Südslawische Antwort.

Der jugoslawische Gesandte in Rom, Nakitsch, hat bei dem italienischen Staatssekretär für Auswärtiges, Grandi, wegen der in verschiedenen italienischen Städten gegen Jugoslawien vorgekommenen Zwischenfälle, die an dem Vermögen jugoslawischer Untertanen Schaden verursacht hätten, schriftliche Vorstellungen erhoben. Es wird darin u. a. darauf hingewiesen, daß in Zara faschistische Demonstranten jugoslawische Geschäftsläden geplündert und sogar den jugoslawischen Konsul Smitsch tätlich angegriffen hätten.

Blutige Zwischenfälle in Belgrad.

Nach den italienfeindlichen Kundgebungen am Pfingstmontag, die von der Polizei bald zerstreut wurden, kam es in den späten Nachtstunden zu neuerlichen Kundgebungen. Die demonstrierenden Studenten wurden vor dem vom König kürzlich gestifteten Studentenheim von der Polizei angegriffen. Die Studenten flüchteten in das Studentenheim, die Polizei folgte ihnen jedoch auch dorthin nach und lieferte den Studenten mit blanker Waffe ein förmliches Gefecht.

Die Studenten griffen die Polizei und herbeigeeilte Gendarmerietruppen vom ersten Stockwerk aus mit Wurfgeschossen an. Als solche dienten sämtliche Einrichtungsgegenstände, Küchengeräte und sonstige in den Zimmern befindliche Gegenstände. Die Gendarmerie antwortete darauf mit einem Steinbombardement und zertrümmerte sämtliche Fenster des Studentenheimes. Die Studenten riefen der Polizei zu: „Ihr Mörder, Ihr Mörder der Jugend, Ihr Sklaven Mussolinis. Wir ziehen aus dem Studentenheim aus. Ihr seid Königsmörder."

Diese Vorfälle haben in allen politischen Kreisen die größte Aufregung hervorgerufen. Die Studenten beabsichtigten, sich persönlich beim König zu beschweren, und drohen mit dem Verlassen der Universität und des Studentenheims, falls ihnen keine Genugtuung gegeben wird.

Noch kein Lebenszeichen.

Keine Notlandung der Italia auf der Amsterdam Insel.

Rom, 29. Mai. Die heute von der „Brillonto" veröffentlichte Meldung über eine angebliche Notlandung der „Italia" auf der Amsterdam-Insel hat sich als falsch herausgestellt. Die Verbreitung derartiger Meldungen wird von dem halbamtlichen „Giornale d'Italia" als unverantwortlich zurückgewiesen.

Die Italia etwa 200 Kilometer von Kingsbay entfernt verunglückt?

Kopenhagen, 29. Mai. Wie das geophysische Institut in Tromsö mitteilt, hat am Freitag früh an der Nordwestküste von Spitzbergen ein plötzlich auftretender schwerer Zyklon geherrscht. Man muß annehmen, daß die „Italia" in diesen Sturm geraten ist. Das Studium der letzten Meldungen und die Stärke der Freitag früh aufgefangenen Radiosignale der „Italia" lassen darauf schließen, daß das Luftschiff etwa 180 bis 200 Kilometer von Kingsbay entfernt von einem Unglück betroffen worden ist. Der Führer der „Citta di Milano" hat erklärt, daß es mit einem leichten Flugzeug im Laufe weniger Stunden möglich wäre, das Küstengebiet von Spitzbergen zu durchforschen. Die Versuche des Hilfsfahrzeuges werden in Spitzbergen für ziemlich aussichtslos gehalten, da das Packeis jedes weitere Vordringen unmöglich macht. Die Witterung ist andauernd schlecht, es herrscht dichter Nebel. Der norwegische Flieger Lützow-Holm hat sich heute nachmittag in Tromsö mit seinem Flugzeug auf der „Hobby" nach Spitzbergen eingeschifft.

Fliegerhilfe für Nobile.

Neuyork, 29. Mai. Auf Roosveltfield startete der Flieger Sobelli zum Flug über Spokane nach Point Barnow, von wo er sich auf die Suche nach der „Italia" begeben will. Sobelli äußerte vor dem Start, er sei der Ansicht, daß der „Italia" nur auf dem Luftwege Hilfe gebracht werden könnte.

Urteil gegen Deutschland.

Kein Abzug von den Dawes-Zahlungen.

Das Internationale Schiedsgericht im Haag verhandelte Dienstag über den deutschen Antrag, die Gutschriften der Reparationskommission aus dem Erlös verkauften deutschen Eigentums von den Dawes-Zahlungen abzuziehen. Wenn der Gerichtshof zugestimmt hätte, wäre es der Reichsregierung möglich gewesen, den Kriegsgeschädigten die gutgeschriebenen Summen sofort zuzuleiten, da sie Erleichterung bei dem Rückzahlungswerk infolge der Minderung der Jahreszahlungen gehabt hätte. Leider fiel das Urteil durchaus ablehnend in bezug auf die deutschen Wünsche aus.

Das Urteil sagt: 1. Die Reinerlöse deutscher privater Güter, Rechte und Interessen, die von alliierten Mächten liquidiert und gemäß § 4 der Anlage zu Artikel 298 des Versailler Vertrages behandelt worden sind oder werden, sind auf die nach dem Sachverständigenplan zu leistenden Jahreszahlungen nicht anzurechnen. 2. Die Reinerlöse deutscher privater Güter, Rechte und Interessen, die von alliierten Mächten liquidiert worden sind oder werden, sind auf die von Deutschland nach dem Sachverständigenplan zu leistenden Jahreszahlungen nicht anzurechnen. 3. Die Zahlungen, welche die siamesische Regierung in den Jahren 1925 und 1927 an die Reparationskommission geleistet hat, sind nicht auf die Jahreszahlungen anzurechnen.

Englische Repressalien wegen englischer Verfehlungen.

Merkwürdige Aufklärung.

Vor einiger Zeit wurde die erneute Anwendung verschärfter Paßvorschriften in den von den Engländern besetzten Rheingebieten durch die Besatzungsbehörden angeordnet. Als Grund dafür diente die Angabe, von deutscher Seite wären Sabotageakte an den Automobilen der britischen Offiziere verübt, einzelne Autos sogar verbrannt worden. Die Paßvorschrift wurde schließlich dahin gemildert, daß sie von deutschen Beamten vorgenommen

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF